

**VR-07 (V-103) Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft**

Antragsteller\*in: Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick)  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

**Antragstext**

1 Auch in den letzten Monaten war das Thema der Migrations- und Asylpolitik im  
2 Zentrum der gesellschaftlichen Debatte und Aufmerksamkeit. Nicht erst seit  
3 kurzem hat sich und wurde der Wunsch nach Veränderungen tief in breiten Teilen  
4 der Gesellschaft verankert. Viele Herausforderungen vor Ort, aber auch eine  
5 hektische Debatte und gezielte Stimmungsmache haben zu dieser Entwicklung  
6 geführt.

7 Wir werden uns den Herausforderungen, der Angst und den Zweifeln stellen. Angst  
8 haben Menschen eben nicht nur, wenn sie aus anderen Ländern kommen und zweifeln,  
9 ob sie in Deutschland noch willkommen sind. Es gibt auch viele Menschen, die  
10 daran zweifeln, ob "Migration" am Ende nicht auch zu Problemen führt, die sie  
11 selbst betreffen werden.

12

13 Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht und zerfällt eben nicht nur in  
14 Maßnahmen, Zahlen und Wahrheiten, sondern auch in Gefühlen.

15 Allzu oft werden in letzter Zeit politisch Erwartungen geweckt, die Politik gar  
16 nicht erfüllen kann. Das Asylrecht kann praktisch nicht einfach abgeschafft  
17 werden, ein Aufnahmestopp oder systematische Zurückweisungen sind weder  
18 rechtlich noch praktisch in einer Demokratie umsetzbar. Die Debatte darf sich  
19 nicht länger in Schlagworten verlieren, wir müssen ins ernsthafte Handeln  
20 kommen, um das Asylrecht zu retten. Die Forderungen nach "Begrenzung", "Ordnung"  
21 und "Steuerung" sind im Kern die Forderung nach einer Situation, in der die  
22 eigenen Möglichkeiten wieder den Herausforderungen entsprechen.

23

24 Damit das gelingt, dürfen wir nicht nur die Vorschläge der anderen zu bewerten.  
25 Wir müssen selbst gestalten und einen grünen Weg aufzeigen, der Menschen  
26 überzeugt und begeistert. Dafür brauchen wir mehr Mut. Denn die aktuelle  
27 Stimmung entstand nicht durch eine grüne Asyl- und Migrationspolitik - im  
28 Gegenteil: Seit inzwischen vielen Jahren werden nach immer gleichen Mustern  
29 härtere Maßnahmen gefordert und beschlossen, Deals mit zwielichtigen Partnern  
30 geschlossen und hunderte Millionen in Grenzanlagen um und in Europa investiert.

31 Das wurde immer wieder mit dem Versprechen verbunden, dass es bald humaner und  
32 geordneter zugeht, dass weniger Menschen nach Europa und Deutschland fliehen und  
33 dass reale Herausforderungen bei Integration und Unterbringung eher heute als  
34 morgen verschwinden. Weder dieses Versprechen, noch die Erwartung dass  
35 populistische und rechtsextremistische durch diese Politik geschwächt werden,  
36 ist eingetreten. Es gibt auch Erfolge, die wir bereits durchsetzen konnten:  
37 beispielsweise bei der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts oder beim  
38 Chancenaufenthaltsrecht. Uns ist bewusst, dass Kompromisse in Koalitionen die  
39 Voraussetzung dafür sind, Verantwortung übernehmen und gestalten zu können. Der  
40 Migrationsdiskurs ist aber aus einer vernünftigen Bahn geraten, er trägt so zum

41 Aufstieg der Rechtsextremen bei. Wir werden dazu beitragen, dass die  
42 Migrationsdebatte zurück  
43 zur Vernunft findet.

44  
45 Es ist Zeit für eine neue Asyl- und Migrationspolitik, eine die endlich  
46 funktioniert, sich Realitäten stellt, die Menschenrechte als Vorteil begreift  
47 und die Würde der Menschen in und außerhalb Europas ins Zentrum stellt. Die  
48 grüne Migrationspolitik fußt im wesentlichen auf sechs Säulen. Hier soll dieses  
49 Fundament dargestellt und mit einigen Vorschlägen unterfüttert werden. Es gäbe  
50 in jeder Säule dutzende Vorschläge, die wir bereits beschlossen haben,  
51 Haltelinien, die nicht überschritten werden dürfen. Dabei verschleiern lange  
52 Forderungslisten aber zum Teil unsere grundsätzliche Ausrichtung und lenken von  
53 Wesentlichen ab, weswegen wir hier darauf verzichten:

## 54 55 **1. Säule: listen to the science**

56 Zu oft wirkt Politik ratlos im Umgang mit Herausforderungen und versucht Symbole  
57 zu setzen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den diversen Problemen auf  
58 verschiedenen Ebenen wird so verhindert. Dabei gibt es in unserem Land so viel  
59 Expertise, auf die wir zurückgreifen könnten. **Der Bundeskanzler sollte deswegen**  
60 **ein Gremium einsetzen, das mit Experten aus Wissenschaft und Forschung**  
61 **Antworten**  
62 **auf brennende Fragen entwickelt und diese Antworten in den politischen**  
63 **Prozess**  
64 **bringt:** Was brauchen Kommunen konkret? Wo und wie gelingt Integration am besten?  
  
65 Welche Möglichkeit gibt es, Fluchtursachen zu bekämpfen oder die europäische  
66 Verteilung zu verbessern, damit weniger Menschen zu uns fliehen müssen? Woran  
67 hakt es bei der Arbeitsaufnahme noch? Welche Fragen bewegen die Menschen gerade  
68 am meisten? Andere Fragen sollten ergänzt werden, alles kann auf den Tisch. Aber  
69 Politik wird nicht besser, wenn man der Wissenschaft immer schlechter zuhört. Es  
70 gibt viele Lehrstühle, Gremien und Institute und Räte, aber sie sollten von der  
71 Politik endlich gehört werden. Deswegen sollten die Regierungsfractionen und die  
72 demokratische Opposition zusagen, dass die Vorschläge des Gremiums im  
73 parlamentarischen Prozess beraten und diskutiert werden. Ob sie am Ende  
74 umgesetzt werden, entscheidet natürlich das Parlament. Wir können und sollten in  
75 der Politik unterschiedlicher Meinung zu politischen Forderungen sein - aber die  
76 Forderungen sollten endlich wieder evidenzbasiert sein.

## 75 **2. Säule: internationale Zusammenarbeit**

76 Deutschland und Europa sind auf Migration von außerhalb angewiesen und damit  
77 auch auf Migrationspartnerschaften. Ohne maßgebliche Migration würden unsere  
78 Sozialsysteme, die Renten, die Gesundheitsversorgung nicht zu erhalten sein.  
79 Unsere Art zu leben wäre durch Abschottung in Gefahr. Es ist uns allerdings  
80 nicht egal, wie Menschen nach Europa kommen oder wer da kommt. Unwürdige und  
81 lebensgefährliche Fluchtrouten müssen schnellstmöglich der Vergangenheit

82 angehören. Krisenprävention, humanitäre Hilfe und beispielsweise Wiederaufbau in  
83 Krisenregionen sind ein zentrales Element unserer Migrationspolitik. Allzu oft  
84 fängt die politische Konkurrenz erst an, über Themen zu diskutieren und Geld in  
85 die Hand zu nehmen, wenn die Krise schon da ist oder Geflüchtete auf  
86 Schlauchbooten sitzen. Wir wollen vorher ansetzen. Wir wollen keine Welt, in der  
87 Menschen erst nach Europa fliehen müssen, um in Sicherheit zu sein und Hoffnung  
88 auf eine bessere Zukunft haben.

89  
90 Deswegen treten wir dafür ein, Arbeitsmigration zu vereinfachen,  
91 Migrationspartnerschaften auf Augenhöhe zu schließen und Geflüchtete in  
92 Krisenregionen besser zu unterstützen.

93 Allzu oft haben wir uns in der Vergangenheit mit geschlossenen  
94 "Flüchtlingsdeals" schwer getan - zu Recht. Wir haben viele Deals kritisiert,  
95 weil sie Menschenrechte nicht schützen, Parlamente umgehen, weil sie  
96 Abhängigkeiten von Diktaturen schaffen oder neue Fluchtursachen erzeugen. Wir  
97 haben angemerkt, dass die meisten Deals unerwünschte Nebeneffekte haben, dass  
98 sie nicht die versprochene langfristige Lösung sind und hatten fast immer Recht.  
99 Deswegen setzen wir uns für Alternativen zu den bestehenden "Abkommen" mit  
100 Ländern wie Tunesien, Libyen oder der Türkei ein. Das Ziel der zukünftigen  
101 Migrationspartnerschaften muss sein, dass sie die Lebenssituation vor Ort  
102 verbessern und geordnete Wege in den Arbeitsmarkt oder zum Asylantrag in Europa  
103 gibt. Nur so werden wir die irreguläre Migration nach Europa wirksam und  
104 langfristig reduzieren können. **Im ersten Schritt sollte es vor allem eine neue**  
105 **ernsthafte Partnerschaft mit der Türkei geben.** Das Ziel dieses Abkommens  
106 muss  
107 sein, dass die mehreren Millionen syrischen und afghanischen Geflüchteten in der  
108 Türkei eine bessere Situation haben und dass davon auch die türkische  
109 Bevölkerung profitiert. Ein Kern der Vereinbarung könnte eine Visa-  
110 Liberalisierung für Kurzzeitvisa sein. Wenn türkische Staatsangehörige ohne  
111 Probleme im Schengenraum Urlaub machen oder einen Job suchen könnten, wäre der  
112 Freiheitsgewinn enorm. Andererseits wäre Erdogan gezwungen, Rückführungen zu  
113 akzeptieren und die Menschenrechtslage in der Türkei zu verbessern, wenn er die  
114 Visaliberalisierung nicht gefährden will. Das könnte er sich innenpolitisch gar  
115 nicht erlauben.

### 115 **3. Säule: Europa**

116 Nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern werden wir die richtigen  
117 Antworten auf die Flucht und Migration finden. Unser Leitgedanke bleibt, dass im  
118 Mittelpunkt europäischer Politik der Mensch in seiner Würde und Freiheit stehen  
119 muss. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Menschen in allen EU-Staaten  
120 besser verteilt werden, dass Menschen, die aus guten Gründen nach Europa  
121 fliehen, in allen EU-Staaten willkommen sind und eine Perspektive haben. Auch  
122 die internationale Zusammenarbeit, Fluchtursachenbekämpfung, Krisenprävention  
123 oder humanitäre Hilfe gelingt am besten, wenn sie europäisch organisiert wird.  
124 Vor einigen Monaten wurde die Reform des EU-Asylsystems beschlossen. Ob diese  
125 Reform etwas verbessern wird, ist nicht ausgemacht, aber es ist möglich. Denn  
126 das größte Problem europäischer Asylpolitik ist die fehlende Rechtsdurchsetzung  
127 und mangelnde Solidarität zwischen den EU-Staaten im menschenwürdigen Umgang  
mit

128 Geflüchteten. Wir werden uns weiter für Verbesserungen auf Europäischer Ebene  
129 einsetzen, aber die Rechtsakte müssen nun wie jedes Recht umgesetzt werden. Die  
130 Reform droht jedoch zu scheitern, schon bevor sie im Juni 2026 in Kraft tritt.  
131 **Deswegen wollen wir bereits jetzt die Umsetzung beschleunigen und ins  
Handeln**  
132 **kommen. Schon jetzt sollte von den Außengrenzstaaten eine systematische  
und**  
133 **rechtsstaatliche Registrierung der Schutzsuchenden eingefordert werden.  
Im**  
134 **Gegenzug sollte eine Unterstützung bei der Aufnahme von Schutzsuchenden**  
135 **angeboten werden.** Nur so, werden wir dauerhaft eine bessere Verteilung in Europa  
136 und rechtsstaatlich kontrollierte Außengrenzen sicherstellen können und  
137 Pushbacks verhindern. Da viele Menschen unregistriert und auf unwürdigen Routen  
138 sowieso nach Deutschland kommen und trotzdem bereits einige Male mit oder ohne  
139 Gewalt an Außengrenzen zurückgewiesen wurden, würden selbst durch eine  
140 maßgebliche Zusage der Binnenstaaten bei der Aufnahme unter dem Strich nicht  
141 mehr Menschen nach Deutschland, Frankreich oder Österreich kommen.  
Deshalb  
142 sollte Deutschland eine relevante Zusage zur Aufnahme schon im nächsten Jahr  
143 zusagen und andere Staaten zum Mitziehen auffordern. Eine Aufnahmezusage kann  
144 beispielsweise daran gekoppelt werden, ob weiterhin unregistrierte Personen an  
145 der deutschen Grenze ankommen, die schon in anderen EU-Staaten waren. Für jede  
146 unregistrierte Person an der Binnengrenze könnte das Kontingent reduziert  
147 werden, um die Anreize zur Registrierung hoch zu halten. So könnte schon im  
148 nächsten Jahr für eine bessere Verteilung gesorgt und das Chaos an den  
149 Außengrenzen beendet werden. Hierfür ist keine weitere Änderung der Rechtslage  
150 notwendig.  
Damit würde sich auch schnell zeigen, ob der Grundsatz der Reform  
151 des GEAS gelingen kann: Mehr Unterstützung für Außengrenzstaaten auf der einen  
152 Seite, rechtsstaatliche Kontrolle an den Außengrenzen auf der anderen Seite. So  
153 können wir den Binnenmarkt und die Reisefreiheit schützen und dafür sorgen, dass  
154 stationäre Kontrollen an deutschen Binnengrenzen endlich wieder in die  
155 Geschichtsbücher wandern.

#### 156 **4. Säule: Asyl in Deutschland**

157 Für uns steht fest, dass wir das Asylrecht als große Errungenschaft feiern und  
158 als historische Verantwortung verteidigen. Zu den grünen Grundsätzen gehört  
159 jedoch auch, dass nach einem erfolgreichen Asylantrag die großen  
160 Herausforderungen in unserem Einwanderungsland noch bevorstehen. Es reicht  
161 nicht, Menschen Schutz zu bieten, sie sollen auch Teil der Gesellschaft werden  
162 und werden können.

#### 163 **5. Säule: Integration und** 164 **Arbeitsmarktintegration in Deutschland**

165 Deutschland ist ein Einwanderungsland und wird und muss es bleiben. Dass die  
166 Geschichte des Einwanderungslandes eine Erfolgsgeschichte bleibt, ist eine  
167 politische Verantwortung. Die irreguläre Migration macht in Europa weniger als  
168 10% der Gesamtmigration aus. Ein Einwanderungsland braucht Migration und

169 Migration braucht die entsprechende dauerhafte Infrastruktur in den Kommunen und  
170 den Ländern.

171 Dazu gehören ausreichend Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder und  
172 dauerhaften Wohnraum in den Kommunen. Wir sind für Sprachkurse für alle. Der  
173 Zugang zu KiTa, Schule und Ausbildung muss durch ausreichend Mittel und Personal  
174 sichergestellt sein.

175 Asyl und Integration sind eine Daueraufgabe, die dauerhafte Strukturen braucht.  
176 Dabei muss es auch um Resilienz gehen, denn es wird immer wieder Jahre geben in  
177 denen mehr Menschen kommen und Jahre, in denen weniger Menschen kommen. Die  
178 Strukturen eines Einwanderungslandes müssen für diese Dynamiken gerüstet sein.

179 Mit dem Spurwechsel sind wir hier erste Schritte gegangen. **Konkret schlagen wir  
180 vor, dass Arbeitsverbote vollständig abgeschafft werden. Außerdem soll im  
181 Aufenthaltsrecht verankert werden, dass all jene, die hier arbeiten, eine  
182 Ausbildung machen oder studieren und sich nichts zu Schulden kommen  
lassen**

183 **haben, hier bleiben dürfen.** Das schafft auch den Raum über Rückführungen  
184 zielgenau zu reden, damit das nicht die Falschen trifft. Es reicht nicht,  
185 Menschen Schutz zu bieten. Sie müssen auch Teil der Gesellschaft werden und  
186 werden sollen - bis hin zur Staatsbürgerschaft.

## 187 **6. Säule: Rechtsstaat durchsetzen, in allen** 188 **Bereichen**

189 Das Asylrecht, die Grund- und Menschenrechte zu verteidigen bedeutet im Kern,  
190 geltendes Recht durchzusetzen und Menschen Zugang zu diesem Recht zu  
191 ermöglichen. Das gilt an den Außengrenzen, in anderen EU-Staaten, es gilt aber  
192 eben auch in Deutschland. Auf europäischer Ebene halten sich verschiedene EU-  
193 Mitgliedsstaaten nicht an geltendes EU-Recht. Statt der vorgeschriebenen  
194 Durchführung rechtsstaatlicher Verfahren werden Pushbacks durchgeführt. Statt  
195 Asylsuchenden ordentliche Perspektiven zu bieten, sorgen unwürdige Bedingungen  
196 dafür, dass Menschen in Länder wie Deutschland, Frankreich oder Österreich  
197 weiterziehen müssen. Das darf nicht länger hingenommen werden. Die EU-Kommission

198 unter Ursula von der Leyen ist hier seit Jahren untätig, obwohl sie als Hüterin  
199 der Verträge für die Durchsetzung des Rechts verantwortlich ist.

200

201 Vertragsverletzungsverfahren, die zur Sanktionierung vor dem Europäischen  
202 Gerichtshof führen würden, werden nicht angestoßen, obwohl Rechtsbrüche  
203 offensichtlich sind. Deswegen sollte die Bundesregierung ihre Möglichkeit  
204 nutzen, selbst Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten und damit  
205 Rechtsdurchsetzung zu ermöglichen. Es kann nicht länger sein, dass es von netten  
206 Bitten abhängt, ob Geflüchtete überall in der EU rechtsstaatlich behandelt  
207 werden. Das würde dazu beitragen, dass Geflüchtete überall in Europa  
208 Perspektiven haben und sich die Verteilung verbessert.

209

210 Autoritäre Ideen von massenhafter „Remigration“ oder systematischer  
211 Zurückweisung von Asylsuchenden ohne rechtsstaatliche Verfahren treten wir  
212 entschieden entgegen. Sie widersprechen demokratischen und rechtsstaatlichen  
213 Grundsätzen.

214 Geltendes Recht umfasst aber eben auch, dass diejenigen, die kein  
215 Aufenthaltsrecht haben und die angebotene Chancen für einen Spurwechsel oder  
216 andere Möglichkeiten nicht nutzen, unser Land wieder verlassen müssen. Hier  
217 stehen wir auch aus ganz praktischen Gründen zur Stärkung der Rückkehrberatung  
218 und dem Vorrang der freiwilligen Ausreise.

219 Denn wer ohne eine Perspektive oder Idee der eigenen Zukunft anderswo  
220 abgeschoben wird, ist schneller wieder da, als viele denken. **Doch besonders bei**  
221 **schweren Straftätern oder religiösen Extremisten muss der Rechtsstaat hart**  
222 **durchgreifen. Unser Rechtsstaat muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um**  
223 **zu verhindern, dass von diesen Menschen weiterhin eine Gefahr ausgeht.**

## **weitere Antragsteller\*innen**

Katharina Binz (KV Mainz); Aminata Touré (KV Neumünster); Josefine Paul (KV Münster); Tim Achtermeyer (KV Bonn); Katrin Göring-Eckardt (KV Gotha); Bettina Jarasch (KV Berlin-Pankow); Ursula Nonnemacher (KV Havelland); Doreen Denstädt (KV Erfurt); Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Madeleine Henfling (KV Ilm-Kreis); Viola von Cramon (KV Göttingen); Yazgülü Zeybek (KV Wuppertal); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Stephanie Aeffner (KV Pforzheim und Enzkreis); Kathrin Henneberger (KV Mönchengladbach); Michael Sebastian Schneiß (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jonas Werner (KV Erlangen-Stadt); Natalie Cramme-Hill (KV Trier); sowie 175 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.